

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 2 / Juni 2014

Liebe KollegInnen und Kollegen!

Atomprofit-Absicherung

Was Tepco, der vom Super-Mega-GAU geschüttelte japanische Atomkonzern nach der Atomkatastrophe machte, sich über den Staat an die Steuerzahler ihre tödlichen Atomprofite absichern zu lassen, was der französische Erbauer (EdF) des geplanten britischen AKW Hinkley Point C über einen künftigen, weit über dem Marktpreis liegenden, staatlich garantierten Atomstrom-Abnahmepreis auf 35 Jahre erreichen will, oder auch bei den tschechischen AKW-Ausbau von Dukovany oder Temelin angedacht ist, das will auch die deutsche Atomindustrie erreichen: Übergabe, Weiterbetrieb der AKWs und Abwälzung der Folgekosten auf den Staat, und damit auf die Allgemeinheit.

Was die Atomgegner schon seit Jahrzehnten nachgewiesen haben, wird immer sichtbarer: AKW und Atomstrom sind nicht nur gefährlich, sondern für die Allgemeinheit auch total unwirtschaftlich, nur profitabel für die Konzerne, abgesichert durch eine staatlich geschützte Atomindustrie.

Profitabel aber nicht wirtschaftlich

Weil in Deutschland – sofern es beim „Atomausstieg“ als Folge des Super-Mega-GAUs von Fukushima bleibt – die Abrüstung der alten AKWs genauso

viel Zeit (ca. 20 Jahre) und noch mehr Geld in Anspruch nimmt wie deren Errichtung, wollen die deutschen Energie- und Atomkonzerne (E.On, RWE, EnBW, Vattenfall), die Kosten auf den Staat, also auf die SteuerzahlerInnen abwälzen.

Die Energie- und Atomkonzerne wollen sich mit einer angeblichen „Rückstellung“ in Höhe von 36 Mrd. Euro aus der Verantwortung stehlen. Da aber allein die Folgekosten eines einzigen AKW-Super-GAUs mindestens das Zehnfache (300 Mrd Euro bis 400 Mrd. Euro! - science@orf.at 6.3.2013; IRSN, Strahlenschutzbehörde Frankreich; Greenpeace) kosten, würde die Last wieder auf die Steuerzahler fallen. Deshalb soll der Staat die AKWs vorerst weiter betreiben, dann stilllegen und den strahlenden Atommüll – für den es bis heute weltweit kein Endlagerlösung gibt – „sicher“ lagern und vor allem alle Unfall- und Kostenrisiken tragen – eine, wie das deutsche Magazin „Spiegel“ im Mai 2014 schrieb – „Bad Bank“ für AKWs. Die Energie- und Atomkonzerne RWE, E.On, EnBW und Vattenfall haben in Summe lt. Greenpeace 204 Milliarden an realer Förderung erhalten. Selbst das offizielle deutsche Umweltbundesamt beziffert die Atomförderungen mit 40 bis 60 Milliarden (Spiegel online,

12.5.14). Die Atomindustrie will sich abputzen, der Dreck, die Gefahr und die Kosten sollen bei der Bevölkerung bleiben.

Der Hintergrund

Die Energiewende führt zu einem zeitweisen Überangebot an Strom, das die Großhandelspreise drückt (Presse, 13.5.14). Die weltweit rund 440 Atomanlagen stehen in nur 31 Ländern, allein 190 sind über 30 Jahre alt – eine gefährlich alte Technologie also. (Erst Ende April gab es z.B. im ältesten französischen AKW in Fessenheim einen „Zwischenfall“). Die Kosten für Neubauten haben sich in 10 Jahren vervierfacht. Die Kosten eines Abrisses sind seriöser Weise unbezifferbar. Beim Ex-DDR-AKW Lubmin, das seit 25 Jahren abgewrackt wird, gehen die Schätzungen dzt. von 4,2 Mrd. Euro aus. (Der Spiegel, 14.5.14). Und: Die Atommüll-Endlagerung ist ungelöst! **Dennoch rücken viele Staaten nicht vom Atomstrom ab, weil sie im „exklusiven Club der Länder, die Atompolitik betreiben“, weiter mit-**

spielen wollen – nicht zuletzt auch aus militärischen Gründen, so Mycle Schneider, Experte für Atompolitik und Alternativer Nobelpreisträger (Kurier, 30.4.14).

Das heißt, weltweit geht die Atomlobby von der sinkenden Profitträchtigkeit ihres tödlichen Atomgeschäfts aus und rechnet mit Atomunfällen, die sie sich vom Staat, also von den Steuerzahlern, bezahlen lassen will. Die Profite der Atomindustrie sind die Milliardenkosten, Gesundheitsschäden und Todesfolgen der breiten Bevölkerung. Schluss damit! Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Keine Gelder mehr für AKW und Atomforschung. Raus aus EURATOM und IAEA! Verwendung der Atomprofite der Konzerne für die Folgekosten. Keine Steuergelder für AKW-Stilllegungen. Das ist nicht nur dringendst nötig, sondern auch möglich. Strom gibt es in Überschuss. Betroffen wären nur die Profiteure, die zivilen und militärischen Atombetreiber und ihre Lobbys.

Fukushima

Atomleid = Atomprofit

Während selbst die Atombetreiberfirma Tepco die Katastrophenkosten mit 11 Billionen Yen (77 Mrd. Euro) angibt, ist die japanische Regierung bereit die Kosten des Konzerns mit 8 Billionen Yen (56,6 Mrd. Euro) zu deckeln, also alle höheren Folgekosten zu übernehmen.

Tepco-Aktien - „Jetzt kaufen“

Vor dem Hintergrund dieser Profitabsicherung empfahl die japanische

Investmentbank Nomura den betuchten Anlegern und Aktionären „jetzt kaufen“, denn dies bedeute für den Tepco-Konzern in Zukunft „Planbarkeit“ und „Rückkehr zur geschäftlichen Normalität“ (Wirtschaftsblatt, 18.12.13). Was für die einen „geschäftliche Normalität“ heißt, bedeutet für die anderen, die Menschen, weiterhin Gesundheitsrisiken und tödliche Gefahren!



NATO-Stützpunkt

Russische Aggression

Im Zuge des Ukraine-Konfliktes wird Russland oft als der Aggressor hingestellt, der die ganze Welt bedroht. Auch wir sind keine Verteidiger Putins. Aber schauen wir uns die Lage Russlands an: Die Lage – kräftemäßig - ist sicher so, dass der „Westen“ Russland schon längst „kassiert“ hätte, hätte es keine Atomwaffen. Da mutet es wie ein schizophreses Lügentheater an, wenn Obama kürzlich in Polen erklärt: „Die Zeiten von Imperien und Einfluss-sphären sind vorbei“!

Irgendwie lächerlich! Meint er, er könnte die ganze Welt für dumm verkaufen? Wie immer, an so einer Aussage wird krass offenbar, was wir von den führenden Leuten dieser Welt halten können. Nämlich gar nichts!

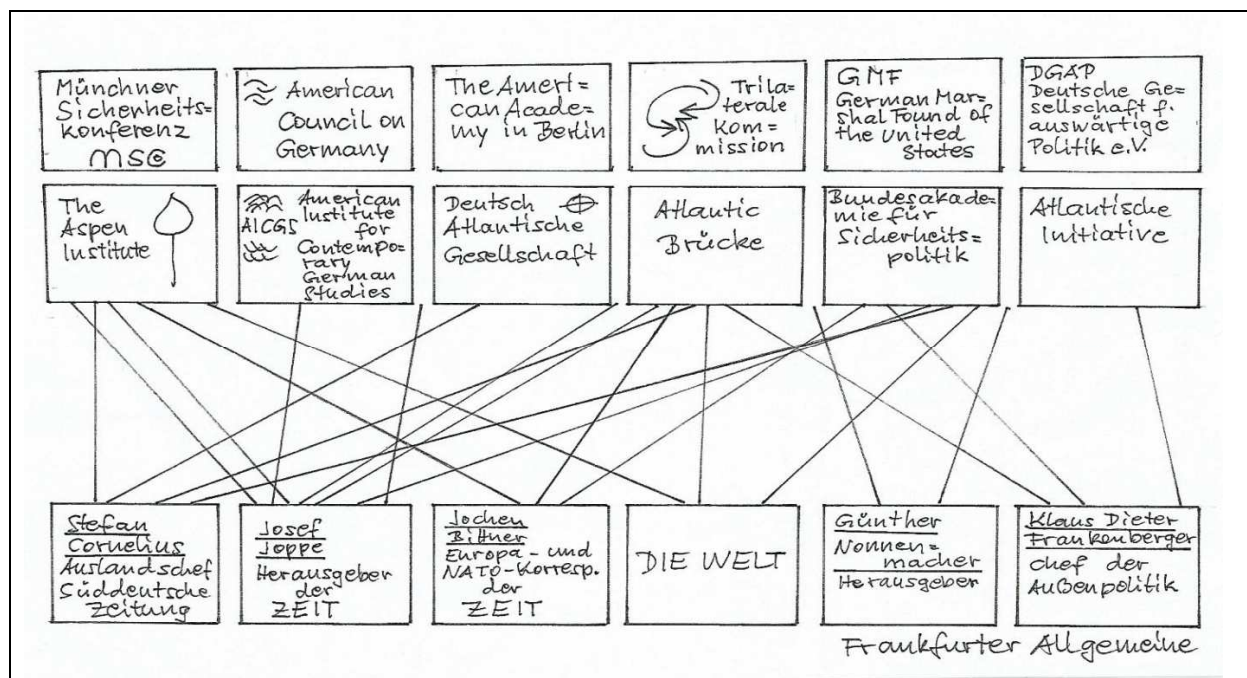
Also: Russland ist ein gefährlicher Aggressor? Hm! Wahr ist vielmehr, dass Russland an fast allen Grenzen von Europa bis Asien von NATO- bzw. rein amerikanischen Stützpunkten eingekreist ist. Jahre bevor es den Ukraine-Konflikt gab, hat der frühere amerikanische Sicherheitsberater

Brzezinski z.B. schon darauf hingewiesen, dass „man aus der Ukraine in den Bauch Russlands vorstoßen könne“. Die oben abgebildete Karte bietet einen ungefähren Begriff der „russischen“ Bedrohung! Vielleicht ist nicht alles gut erkennbar. Deshalb hier eine Auflistung der NATO- und amerikanischen Stützpunkte um Russland: Italien 88 (!), Deutschland 22, Südkorea 22, Kuwait 10, Bulgarien 6, Rumänien 4, Afghanistan 4, Pakistan, Bahrein, Japan und Polen je 3, Albanien, Dschibuti, Türkei je 2. Mit wenigstens einem Stützpunkt kommen dazu: Ägypten, Dänemark, England, Estland, Irak, Frankreich, Georgien, Griechenland, Katar, Island, Kanada, Kirgisistan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn Tschechien. Die zuletzt genannten Länder haben entweder amerikanische Stützpunkte zugelassen oder sind NATO-Mitgliedsländer, von denen uns die Anzahl der Stützpunkte nicht bekannt ist.

Rüstungsmedien

„Die Anstalt“, eine kritische Sendung des deutschen ZDF, zeigte kürzlich die unten grafisch dargestellte Verbandelung und Verflechtung wichtiger deutscher Journalisten der „unabhängigen“ Presse mit Think Tanks der Rüstungsindustrie. Die oberen zwölf Kästen zeigen Think Tanks der Rüstungsindustrie, die sich mit Sicherheitspolitik von NATO, USA und EU befassen. Alle diese Think Tanks bringen als einzige Antwort auf alle Sicherheitsfragen immer nur „Rüstung“ heraus. Die unteren sechs Kästen zeigen Journalisten wichtiger deutscher Zeitungen, die jeweils in mehreren dieser Think Tanks in wichtigen Positionen vertreten sind. Das bedeutet, dass sie an wichtigen Papieren zur Sicherheitspolitik der NATO, Deutschlands und der USA mitarbeiten, das heißt an Konzepten, die auf Rüstung und Krieg hinarbeiten. Diese Journalisten stellen „ihre Arbeit“ in den Think Tanks dann auch dementsprechend positiv in ihren Zeitungen dar, anstatt ihnen mit einer

kritischen Haltung gegenüber zu treten. Ein Beispiel: Jochen Bittner (3. Kasten von links) von der ZEIT war maßgeblich beteiligt an der Formulierung der Rede des deutschen Bundespräsidenten Gauck durch GMF (siehe Grafik), in der Gauck einen vermehrten Einsatz von deutschen Truppen im Ausland forderte, um Deutschlands Interessen in der Welt als Großmacht durchzusetzen. In der ZEIT berichtete Bittner dann wohlwollend über diese Rede. Also von kritischem Journalismus gegenüber den Mächtigen keine Rede. Laut „Anstalt“ sind alle diese Zeitungen „Lokalausgaben“ der NATO-Pressestelle. Aber darüber hinaus nicht nur der NATO, sondern auch der deutschen militaristischen Bestrebungen. Übrigens: Gauck ist ein Wiederholungstäter, der zuletzt das erwähnte Thema deutsche Großmachtpolitik nochmals aufgegriffen hat. Er meint, dass Deutschland sich vermehrt militärisch einmischen solle.



Was Privatisierungen wem bringen

Anlässlich des Telekom-Ausverkaufs an „America Movil“ von Carlos Slim, was in den Medien als vorteilhaft für Österreich hingestellt wurde, hier nur einige Zahlen: Durch die bereits erfolgten Privatisierungen sind laut Gewerkschaft bei der Post 7.000, bei der Telekom 5.000 und bei der OMV 3.000 Jobs verloren gegangen und haben dem Steuerzahler nichts gebracht. So hat der Verkauf von 49 Prozent der Post 650 Mio. Euro fürs Budget gebracht, gleichzeitig entgingen dem Staat, also uns Steuerzahlern, 510 Mio. Euro an Dividenden. Laut Arbeiterkammer haben sich die bisherigen Privatisierungen von Post, OMV und Telekom für den Staat als Verlustgeschäft herausgestellt: Stellt man den Einmaleinnahmen die Einnahmensverluste gegenüber, dann ergibt sich allein bis jetzt ein Minus von rund 1,8 Milliarden Euro!

Profit statt Demos

Der Wiener Handel protestiert gegen den Protest. Wegen Verdienstentgang. Die Demonstrierer sollen schön zu Hause bleiben. Nein! - Sie können eh kommen – aber nur zum Einkaufen, damit der Profit nicht ausfällt. Veranstalter und Demonstranten sollen, laut dem Wiener Handelsobmann Erwin Pellet, mehr Rücksicht auf den Handel nehmen und nicht so viel demonstrieren, da sonst die Einkünfte, speziell in der City von Wien und in der Mariahilferstraße, sinken. Also zufrieden sein, nicht demonstrieren oder andere Aufmarschplätze suchen, lautet die Devise. Kolumnistin Salomon vom KURIER schlägt sich auf die Seite der Geschäftsleute und fordert die Demon-

stranten auf, nach Simmering zu gehen, anstatt jene zu unterstützen, deren Rechte mit Füßen getreten werden. Erwin Pellet ringt sich zwar durch, „für das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Demonstrationen Verständnis aufzubringen“, aber nicht vor den Wiener Geschäften. Meinungsäußerung und Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen zählt eben weniger als der Profit! Aber der Protest muss in die Zentren der Macht getragen werden, um Gehör zu finden und darf nicht auf den Abstellplätzen der Großstädte im Verborgenen landen!

Quelle:

KURIER

Bundesheer:

Von der Katastrophenhilfe zu Kriegseinsätzen!

Die österreichische Bevölkerung hat beim Volksbegehren im Jänner 2013 mit klarer Mehrheit (60%) für die Beibehaltung der Wehrpflicht und gegen ein Berufsheer gestimmt. 80% der Österreicher sind für die Beibehaltung der Neutralität. Die Regierenden missachten den Willen des Volkes

und wollen entgegen der Neutralität bei EU-Militäreinsätzen, (sog. friedensschaffende Maßnahmen) mitmachen.

Die Herrschenden setzen weiterhin und verstärkt auf Propaganda für ihre Berufsarmee:

Der Leitartikel der Presse vom 19.5.

2014 will die Leser für dumm verkaufen! Die letzten schweren Unwetter in Österreich mit Überschwemmungen werden im Artikel auf Seite 1 zum Vorwand genommen, um der Bevölkerung Angst zu machen, dass die Sparmaßnahmen beim Heer bald dazu führen würden, dass die Katastrophenhilfe des Heeres bei größeren Einsätzen generell gefährdet sei.

Begründet wird das zu Beginn damit, man lese und staune, dass „die Hubschrauberflotte (Typ Black Hawk) technisch veraltet“ sei und wenn sie nicht bis 2020 Geld für Modernisierung erhalte, nicht mehr – in der Nacht starten – dürfe. Der US Hubschrauber Black-Hawk ist der NATO - Hubschrauber. Für Einsätze in engeren Bergtälern ist er zu groß und nicht wendig genug, deswegen ist er dort ungeeignet, das zeigte sich bei der Lawinenkatastrophe in Galtür. Doch es geht gar nicht um die Hubschrauber beim Katastropheneinsatz in Österreich. Das zeigt sich schon im nächsten Absatz, da heißt es dann: „Die Eurofighter sind in sechs Jahren nicht mehr flugfähig ohne Millionen an Investitionen! Die noch fünf flugfähigen Eurofighter haben sicher gar nichts mit Katastrophenhilfe zu tun. Die Eurofighter sind Kampfbomber nur für aggressive, militärische Auslandseinsätze für NATO oder EU, „bis weit hinunter nach Afrika, Naher Osten und Kaukasus“. (Günter Höfler, Streitkräfte-Kommandant des Bundesheeres, Kleine Zeitung, 13.12.2005).

Hier will man uns über die berechtigte Sorge der ÖsterreicherInnen bei Naturkatastrophen weitere Millionen Euros an Steuergeldern für den Eurofighter aufschwätzen, dem Kampfflugzeug, dass uns insgesamt schon ca. 10 Milliarden Euro an Steuergeldern gekostet hat!

Weiter unten im Artikel zeigt sich dann deutlich, worum es geht. Da heißt es: „Im Ausland könnte es ebenfalls bald an schwerem Gerät fehlen“. Das heißt

im Klartext: Für die geplanten und auszuweitenden Auslandseinsätze des Heeres will die Regierung mehr Geld! 40 – 60 Millionen Euro im Jahr zusätzlich fordert der Verteidigungsminister bzw. die Regierung dafür. Deswegen müssen sie im Inland beim Heer sparen.

Gerade weil sich die österreichische Bevölkerung beim Volksbegehren 2013 gegen eine Berufsarmee ausgesprochen hat, soll nun dieses Bundesheer durch die Hintertür zu einer Art Berufsarmee umfunktioniert werden, die sich entgegen Neutralität bzw. Staatsvertrag unter dem Kommando vor allem des deutschen Militärs an Kampfeinsätzen für Rohstoffquellen bzw. geopolitischen Einfluss z.B. in Afrika beteiligen soll.

Die EU ist kein Friedensprojekt, sondern rüstet sich für ein offensives Kriegsführen, zum Teil mit den USA und in Konkurrenz zu ihr, im Dienste des europäischen Kapitals!

Österreichs Regierende haben schon 1998 mit dem Beschluss des neutralitätswidrigen Kriegsermächtigungsgesetzes einen glatten Bruch der österreichischen Bundesverfassung begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UN-Mandat zugestimmt. Mit der EU-Verfassung 2005 hat die Regierung bereits eine explizite militärische Beistandsverpflichtung mitbeschlossen und 2009 den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Dieser verpflichtet zur dauerhaften Aufrüstung, zu weltweiten Militärinterventionen, zur militärischen Beistandsverpflichtung und zur Entwicklung einer mächtigen Atomindustrie. 2011 haben die großen EU-Staaten nun folgende Kriterien für die Teilnahme von Staaten an einem sog. **Kerneuropa** definiert: a) die für Auslandsinterventionen verwendbaren Truppen müssen um 25 Prozent in den nächsten fünf Jahren und um 50 Prozent in den nächsten zehn Jahren

erhöht werden; b) das Ausgabenlevel sollte mindestens auf 1,63 Prozent des BIP erhöht werden; c) Mitgliedsstaaten müssen anteilig zu ihrem BIP an EDAProjekten teilnehmen (also die Aufrüstungsprojekte mitfinanzieren);d) es muss an allen EU-Missionen teilgenommen werden, die eine militärische Komponente haben (Egmont-Institut März 2011-Kriterien für den Zugang zur SSZ). **Österreich macht auch beim Kerneuropa mit, denn der Ministerrat (SPÖ/ÖVP) hat auch dies 2011 mit der neuen „Sicherheitsdoktrin“ beschlossen:** Dort heißt es u.a., dass sich „Österreich an der Sicherheitspolitik der EU in allen ihren Dimensionen beteiligen“ wird. Weiter ist in der Doktrin festgehalten: „Verpflichtung zur dauerhaften Aufrüstung“, „Militärische Beistandsverpflichtung bei

Militäreinsätzen nach außen wie nach innen“, „Teilnahme an den EU-Kampftrouppen“, „Bildung eines militärischen Kerneuropas“ der besonders aufrüstungswilligen Staaten.

All dies ist ein Bruch der Neutralität, ein Bruch unserer Verfassung, den die Herrschenden begehen! Sie wollen uns als willfähigen Handlanger für die Großmachtpläne der EU, unter Führung Deutschlands, in neue Kriege schicken. Deswegen soll Österreich, wenn es nach dem Willen der Herrschenden geht, eine Berufsarmee bekommen.

Das gilt es zu verhindern!

**Ja zur Neutralität!
Nein zur Berufsarmee!**

EU-Wahl –

TTIP Freihandelsabkommen mit den USA

Verkauft's mei G´wand - I fahr noch Brüssel!

Diesem Wienerliedmotto sind offensichtlich auch unsere Mandatare verfallen, die nach dem EU-Urnengang am 25.Mai 2014 zur großen „All-Inclusive-Vergnügungsreise“ nach Brüssel aufbrechen.

Obwohl sie von nur rund 36 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt worden sind (45 Prozent Wahlbeteiligung minus 9 Prozent ungültige Stimmen und Kleingruppen) stolzieren sie wie Sieger durch die Medien. Das unter Geheimhaltung verhandelte Freihandelsabkommen mit den USA war im

Wahlkampf zwar zur Sprache gekommen und die "Chlorhenderln" wurden auch immer wieder erwähnt. Keiner der KandidatInnenen hat aber darauf hingewiesen, dass in Europa der Einsatz von Antibiotika zur Erhöhung des Profits beim Fleischmästen seit 2006 verboten ist, dass in den USA dies aber gängige Praxis ist und wegen des starken Befalls des Schlachtfleisches mit, für den Menschen gefährlichen Bakterien, dieses mit Chlor desinfiziert oder radioaktiv bestrahlt werden muss.

Kein Wort auch darüber, dass das Kernstück des geplanten Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP) schon am 16. April vom EU-Parlament mit großer Mehrheit (80%) beschlossen worden ist.

Rechtzeitig vor den EU-Wahlen wurde dann vom EU-Parlament grünes Licht für eine Neuregelung von "Investor-Staat-Streitigkeiten" gegeben.

Konzerne sollen Staaten klagen können

Damit sollen in Hinkunft Konzerne Staaten vor konzernfreundlichen "Schiedsgerichten" klagen können, wenn sie ihre Profitinteressen durch staatliche Interessen beeinträchtigt sehen. EU- und US-Konzerne sollen gleichermaßen das Recht haben, gegen missliebige Gesetze auf dem jeweils anderen Kontinent zu klagen, wenn ihre maximalen Profite und Vormachtstellungen am Markt bedroht erscheinen. Dieser Beschluss auf EU-Seite war die Voraussetzung, dass diese transatlantischen Geheimverhandlungen überhaupt fortgeführt werden können. Die im EU-Parlament abgestimmte Vorlage der EU-Kommission legt nun fest, wie ein

Mitgliedstaat als Beklagter einen Vergleich mit einem Konzern zu akzeptieren hat und dann mögliche Schadenersatzansprüche mit Steuergeld zu bezahlen hat.

Die österreichischen Mandatare, für die das kein opportunes Wahlkampfthema war, haben bei dieser Abstimmung folgendermaßen votiert:

Dafür: ÖVP: Elisabeth Köstinger, Heinz Becker, Hubert Pirkner, Othmar Karas, Paul Rübig, Richard Seeber, SPÖ: Hannes Swoboda, Jörg Leichtfried, Karin Kadenbach, frei: Angelika Werthmann.

Dagegen: Grün: Eva Lichtenberger, Ulrike Lunacek, SPÖ: Evelin Regner, Josef Weidenholzer FPÖ: Franz Obermayr, frei: Ewald Stadler, Hans Peter Martin, Andreas Mölzer und Martin Ehrenhauser waren abwesend.



TTIP: Sieg der Gerechtigkeit. Amerikanische Rüstungsinvestoren haben erfolgreich für mehr Waffengebrauch in Europa geklagt.

(Karikatur aus: Die Zeit, Nr. 24/2014)

EU - Kampf der Neoliberalen gegen die Bevölkerung

Auf die Frage, „dürfen die denn das in der EU“, über die 28 nationalen Parlamente hinweg entscheiden, muss man leider mit „Ja“ antworten. Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) haben die EU-Kommission und das EU-Parlament die Kompetenz erhalten, solche Freihandelsverträge abzuschließen. Durch den Vertrag von Lissabon hat diese neoliberale Politik mit der "Verpflichtung zu einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" nach innen und den "Abbau von Handelshemmnissen" nach außen auch bei uns Verfassungsrang.

Es ist deshalb jetzt auch in Brüssel so schnell gegangen, dass nun die Mitgliedsländer „anscheinend“ über die Anwendung von genetisch verändertem Saatgut in ihren Ländern mitentscheiden dürfen. Die EU entscheidet nunmehr über die Zulassung bei den Fragen Gesundheits- und Umweltschädlichkeit. Die Länder können danach mit den Saatgutfirmen über die lokale Zulassung verhandeln und entweder einen Vergleich erzielen, wenn dringende lokale Bedingungen die Zulassung verhindern, bzw. wenn diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, müssen die schon zitierten konzernfreundlichen Schiedsstellen eingeschaltet werden.

Der Unwillen der Bevölkerungsmehrheit dieses Saatgut im Land zu haben, da die Verunreinigung von eigenen gentechnikfreien Produktionen nicht verhindert werden kann, wird in solchen Verhandlungen mit den Konzernen nur von sehr geringem Gewicht sein. Da aber nun der Ausgang schon feststeht und auch schon bestimmt ist, wer die Profite der Konzerne garantieren wird, kann man, um die Bevölkerung zu beruhigen, die Nationalstaaten scheinbar ein bisschen mitreden lassen.

Wir, als Leidtragende und Draufzahlende in diesem zynischen Casino haben die Verpflichtung zur Information über dieses Freihandelsabkommen, und die Bekämpfung desselben, um es den Politpotentaten beim Lügen und beim Betrügen der Bevölkerung nicht ganz einfach zu machen. Auch die Voraussetzungen für diese neoliberale Politik, die letztlich in eine EU- Kriegspolitik mündet, müssen aufgezeigt und bekämpft werden. Man wird sich auch der Mühe unterziehen müssen, genau hinzusehen, wo und vom wem und mit welchem Einsatz von Technik, Rohstoffen und Arbeitsklaven unsere Konsumartikel produziert werden und sie im Zweifelsfall oder bei schlechter Kennzeichnung zu meiden.

EU-Parlamentarier – kostspielige Aktivitäten gegen unsere Interessen

Unseren TeilnehmerInnen am kostspieligen Spektakel in Brüssel könnten wir kabarettistisch überspitzt entsprechend ihrer Couleur ein echt falsches "Freundschaft", ein scheinheiliges "Gott schütze die Waldheimat", einen verschlumpt dreifingrigen "römischen Gruß", ein frisch gegendertes "Rucola" und für die

neoliberale Vogeltänzerin ein „globalized pinkeling“ auf den Weg zu neuen Kleidern und anderen Pfründen mitgeben. Aber das wäre zu kurz gegriffen. Auch die volkstümliche Ansicht, dass diese „Pfosten“, wenn sie im Ausland sind, wenigstens im Inland keinen Schaden anrichten können, geht fehl. Sie richten nämlich

gerade dort Schaden an. Man sollte sie jedoch in Briefen fortwährend persönlich fragen, was sie für den Schutz der Bevölkerung vor den Profitinteressen internationaler Konzerne tun, was sie gegen die extrem zunehmende Militarisierung und die Bespitzelung der Bevölkerung unternehmen und was sie gegen den Sozialabbau und für den Schutz der

Bevölkerung vor Umweltverbrechen planen. Wenn keine oder unbefriedigende Antworten kommen, müssen sie gefragt werden, ob sie keine Scham empfinden für ihre Inaktivität so hohe Gehälter zu beziehen und: die Unverschämtheit der Schmarotzer muss der Bevölkerung mitgeteilt werden.

ADHS – eine fabrizierte Krankheit!

Die Aufmerksamkeits – Defizit – Hyperaktivitäts – Störung (ADHS) wurde von ihrem „Erfinder“, dem amerikanischen Psychiater Leon Eisenberg, kurz vor seinem Tod (2012) als ein „Paradebeispiel für eine fabrizierte Erkrankung“ bezeichnet.

Seit den 1960er Jahren hat er vehement dafür gesorgt, dass die Zappeligkeit und Konzentrationschwäche, die er bei einigen Kindern feststellte, unter dem Namen ADHS als psychische Krankheit klassifiziert wurde. Er wurde dafür als führender US-Kinderpsychiater hoch ausgezeichnet und honoriert. Nach 40 Jahren, als weltweit die ADHS-Diagnosen wucherten und die Verschreibungen von Medikamenten dafür explodierten, kamen ihm Zweifel ¹⁾²⁾. Auch einige seiner Kollegen teilen diese Zweifel und der emeritierte Professor für Psychologie und Experte für ADHS, Dr. C. Keith Conners, bezeichnet den Anstieg von 600.000 behandelten Kindern im Jahr 1990 auf aktuell 3,5 Millionen in den USA als „ein nationales Desaster von gefährlichen Ausmaßen“. Dieses Zitat entstammt einem 15-seitigen Artikel der New York Times, welcher die Marketingstrategien der Pharmakonzerne aufzeigt, um

Ärzte, Psychologen, Lehrer, Eltern, ja selbst Kinder zum Medikamenteneinsatz zu bewegen ³⁾. Auch in Deutschland boomten die Diagnosen und Medikamentenverordnungen ähnlich wie in den USA: 2011 wurde bei 472.000 Buben und 149.000 Mädchen ADHS diagnostiziert. Fast 20% aller Buben, die im Jahr 2000 geboren wurden, erhielten zwischen 2006 und 2011 die Diagnose ADHS. Im Jahre 2011 wurde in Deutschland 336.000 Personen Ritalin (Methylphenidat) als Hauptmedikament für ADHS verschrieben ⁴⁾. Die Zahlen sind schätzungsweise seit 2011 noch beträchtlich angestiegen. Die Schätzungen für Österreich und die Schweiz (genaue Zahlen gibt es leider nicht) zeigen in die gleiche Richtung, da auch die „Anfälligkeit“ (Prävalenz) der Kinder so hoch wie in Deutschland ist. In Italien ist z.B. diese Prävalenz weniger als halb so hoch – die Kinder werden dort nur halb so oft als ADHS-krank diagnostiziert ⁵⁾.

Zuerst erfinden wir den Wirkstoff, dann eine passende Krankheit

Wenn man nun die von der Pharmaindustrie hier eingesetzten Wirkstoffe betrachtet, so wird die erschreckende Tatsache offenbar, dass

beinhaltet mit Psychodrogen kindliches Verhalten korrigiert wird ⁶⁾. Wirklich überrascht kann man aber von den Marketingstrategien dieser Chemiekonzerne nicht sein. Es wurde dem Prinzip gefolgt: Wir haben bereits Drogen zur Hand – eine dazu passende Krankheit werden wir schon (er)finden.

Bei den Wirkstoffen handelt es sich um Amphetamine oder das schon genannte Ritalin, die, oder deren Derivate auch in der illegalen Drogenszene eine recht traurige Rolle spielen (Speed, Pep, Amphe, Crystal u.s.w.). Alle diese „illegalen“ Drogen haben ein sehr hohes Suchtpotenzial ⁷⁾ und können so nachhaltig das Leben junger Menschen zerstören.

1887 synthetisierte der rumänische Chemiker [Edeleanu](#) im Zuge seiner Doktorarbeit als Erster das Amphetamin und erst in den 20iger Jahren des folgenden Jahrhunderts begann man seine Wirkungen auszuloten und an ihre kommerzielle Anwendung zu denken. Amphetamin wirkt im Zentralnervensystem stimulierend auf den Sympathikus. Dieser Teil des vegetativen Nervensystems ist dafür verantwortlich, den Organismus in einen Zustand zu versetzen, der als „Kämpfen oder Flüchten“ bezeichnet wird und in lebensbedrohlichen Lagen sinnvoll ist. Dabei werden körperliche Mechanismen ausgeschaltet, die nicht überlebensnotwendig sind, wie [Hunger](#), [Durst](#), [Müdigkeit](#)-u. [Schmerzempfinden](#). Die Kraft, Schnelligkeit und Vitalität werden hingegen erheblich gesteigert, um den Organismus möglichst effizient reagieren zu lassen. Kreislauf und Körper bereiten sich auf eine hohe Belastung vor, indem sie den [Blutdruck](#) steigern und die [Bronchien](#) zur vermehrten Aufnahme von [Sauerstoff](#) weiten ⁷⁾. Auch das [Selbstbewusstsein](#) wird gesteigert und die [Aggressionsschwelle](#) wird gesenkt. Das alles soll eine körperliche Verteidigung gegen Gefahr erleichtern.

Außerdem wird das Bewusstsein stark auf ein bestimmtes Ereignis konzentriert (ursprünglich auf die Gefahr), was auch als „Tunnelblick“ bezeichnet wird. Alle diese Mechanismen laufen über den Neurotransmitter Dopamin im Gehirn ab; die Störung dieses Systems spielt aber auch eine entscheidende Rolle bei schweren Krankheiten wie Parkinson, Depressionen aber auch der Schizophrenie. Werden nun diese Reaktionen des Körpers künstlich durch Amphetamin ausgelöst, so ergeben sich verschiedenste Anwendungsmöglichkeiten. Zum einen die [Appetithemmung](#), weshalb verschiedene [Amphetaminderivate](#) als [Diätmittel](#) zum Abnehmen genutzt werden. Die Verringerung des [Schlafbedürfnisses](#) kann dort genutzt werden, wo Menschen über lange Zeit Leistung erbringen müssen oder wollen, beispielsweise als Schichtarbeiter, Fernfahrer, Soldaten, Manager, Studenten oder Partygänger. Die Steigerung des Selbstbewusstseins ist wohl ein Grund der Anwendung von Amphetaminen bei Führungskräften oder als [Rauschmittel](#). Die Konzentration des Bewusstseins auf bestimmte Aufgaben wird beim Einsatz von Amphetamin bei [ADHS](#) benutzt, da der „Tunnelblick“ es ermöglicht, Menschen länger an eine Aufgabe zu fixieren, was dann als Konzentrationsfähigkeit gedeutet wird. Um diese Wirkungen zu erzielen, ist eine fortwährende regelmäßige Einnahme dieser Drogen notwendig. Das größte Risiko beim länger dauernden Amphetamingebrauch ist aber gemäß der Suchtklassifizierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Entwicklung einer besonders starken psychischen Abhängigkeit. Eine Gewöhnung an diese Drogen setzt schon nach ein bis vier Wochen ein. Die dabei entstehende Toleranz und das Nachlassen des Effektes macht eine Dosissteigerung unausweichlich und führt somit in die volle psychische

Abhängigkeit von diesen Drogen ⁸⁾. Alle genannten Anwendungsmöglichkeiten wurden im 20. Jahrhundert von der Pharmaindustrie exzessiv genutzt und damit riesige Gewinne erzielt.

1937 entdeckten Studenten der [University of Minnesota](#), dass Amphetamin Müdigkeit effektiv vertreibt, und benutzten es zum nächtlichen Durchlernen. Aber schon im selben Jahr verabreichte der Psychiater [Charles Bradley](#) in einer Studie Amphetamin erstmals an verhaltensauffällige Kinder. Amphetamin erlangt Verbreitung als [Heuschnupfenmittel](#), gegen [Erkältung](#) und später für alle möglichen [Indikationen](#), wie [Depressionen](#), [Parkinson](#), [Narkolepsie](#), [Impotenz](#) und andere.

Im [Zweiten Weltkrieg](#) wurde es in Deutschland in der Methamphetamin-Variante als „Pervitin“, in den Vereinigten Staaten als „Benzedrin“, in Großbritannien und in Japan in den Armeen eingesetzt, um Soldaten wach, motiviert und aggressiv zu halten. Allein in den drei Monaten von April bis Juni 1940 bezogen die deutsche [Wehrmacht](#) und die [Luftwaffe](#) mehr als 35 Millionen Tabletten Pervitin. Auch nach 1945 wurde der Wirkstoff vom Militär zur Leistungssteigerung eingesetzt, beispielsweise während des [Vietnam-Kriegs](#).

Bis Ende der 1970er Jahre wurde Benzedrin (frei) verschrieben, heute ist es nur mit einem Betäubungsmittelrezept verschreibbar – zur Behandlung von ADHS hat sich in Deutschland und Österreich stärker das ähnlich wirkende Ritalin (Methylphenidat) durchgesetzt. Diese Substanz glänzt auch nicht gerade durch Innovation, sie wurde nämlich im Jahre 1944 vom Ciba (heute Novartis)-Chemiker Leandro Panizzon entwickelt. Seine Frau Marquerite litt an niedrigem Blutdruck und dopte sich mit dieser

Substanz vor dem Tennisspielen. Vom Kosenamen dieser Frau „Rita“ ist auch der Name Ritalin abgeleitet.

Profit um jeden Preis

Seit 100 Jahren versucht man nun Drogen bzw. Suchtmittel, die ganz wesentlich in den Hirnstoffwechsel eingreifen, profitabel zu vermarkten. Nach dem Riesengeschäft während des zweiten Weltkrieges wurde nun mit der Anwendung an Kindern, die nicht so ganz in die Muster der Hochleistungsgesellschaft passen, eine weitere Goldader gefunden und die Konzerne schwelgen im Goldrausch. Die potenziellen Suchtgefahren mit diesen Substanzen, die wohl auch von genetischen Faktoren und den psychosozialen Begleitumständen abhängen, lassen große Folgegeschäfte mit den, an diese Drogen gewöhnten Erwachsenen, erwarten. Tatsächlich müssen immer mehr über 19 jährige diese Substanzen weiter nehmen, um in der Gesellschaft zu bestehen. Auch das Marketing der Pharmaindustrie bearbeitet ganz intensiv diesen Markt mit Erwachsenen³⁾, obwohl sich die Hinweise verdichten, dass damit das Folgerisiko an Morbus Parkinson zu erkranken, deutlich erhöht ist ⁸⁾. Eine Daueranwendung von Amphetaminen kann zu paradoxen Wirkungen und Nebenwirkungen führen. Häufig sind nach Langzeitgebrauch Konzentrationsstörungen, Hektik, Realitätsverlust, aber auch Persönlichkeitsveränderungen, Deliriumzustände und Halluzinationen festgestellt worden. Ein gesteigertes sexuelles Verlangen, bei erhöhter Aggressionsbereitschaft ist auch nicht gerade eine gesellschaftlich gut verträgliche Nebenwirkung. Es kann bei Männern jeden Alters zu einer schmerzhaften Dauererektion kommen, die ohne sofortige ärztliche Hilfe zu dauerhafter erektiler Dysfunktion führen kann. Beim Absetzen der

Amphetamine kommt es zu Entzugserscheinungen, die sich in Form von Mundtrockenheit, Schlaflosigkeit, Unruhe, aber auch in Form psychischer Symptome wie Stimmungsschwankungen, Angststörungen, Depressivität und paranoid-psychotischer Reaktionen (paranoide Amphetaminpsychose) äußern können⁷⁾.

Inflation psychiatrischer Diagnosen - Pathologisierung der Kinder

Auf die Aufregung in den Medien wird natürlich von allen Seiten beschwichtigt werden. Es werden sich zahlreiche Psychologen, Pädagogen, Psychagogen, Psychiater und Neuropädiater finden, die diese „Krankheit und deren Therapie“ verteidigen werden. Die „ADHS-Krankheit“ ist jedoch nur ein Teil einer riesigen Pathologisierung (Krankmachung), die in unserer Gesellschaft stattfindet. Vorangetrieben wird diese Entwicklung von der Pharmaindustrie und ihren „medizinischen Experten“ - denn hier werden die entstehenden Profite eingestreift. Diese „Experten“ haben erst kürzlich die fünfte Auflage des Klassifikationssystems DSM-V (Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders) von der „American Psychiatric Association“ herausgegeben, das weltweit Anwendung findet. Von den 137 Mitgliedern des DSM-V Expertenrates (Panels), die Offenlegungserklärungen abgegeben hatten, haben 56% darin Beziehungen zur Industrie gemeldet – das war schon bei den DSM-IV Mitgliedern so hoch. Professor Irwin Svodnik von der Psychiatrie an der „University of California“ in Los Angeles kommt deshalb zum Schluss: „Das eigentliche Vokabular der Psychiatrie wird gegenwärtig auf allen Ebenen durch die pharmazeutische Industrie definiert“^(1) 9).

Der emeritierte Professor für Psychiatrie Allen Frances sagt in

einem Interview zu seinem Buch „Normal“ über die Inflation psychiatrischer Prognosen: In den letzten 20 Jahren hat es hauptsächlich drei falsche Epidemien gegeben: Die bipolare Störung bei Kindern (manisch-depressive Störung) hat um das Vierzigfache zugenommen, Autismus um das Zwanzigfache und das Aufmerksamkeitsdefizit um das Sechsfache. ADHS wird in Folge jetzt auch bei Erwachsenen vermehrt diagnostiziert, und „bipolare Störungen“ haben sich bei Erwachsenen verdoppelt. In den USA wird schon jetzt von den „Experten“, die von der Pharmaindustrie abhängen, bei 25 Prozent der Bevölkerung eine Angststörungen festgestellt, und sogar 50 Prozent müssen mit der lebenslänglichen Diagnose einer psychischen Störung rechnen. 20 Prozent der Bevölkerung nehmen regelmäßig Psychopharmaka zu sich. Jedes Jahr sterben mehr Menschen an einer Überdosis von verschriebenen Medikamenten als an einer Überdosis von Rauschgift. Mit DSM-V werden diese Probleme weiter rasant zunehmen¹⁰⁾. Diese riesige Pharmakeule, die hier eingesetzt wird, trifft die ärmere Bevölkerung wesentlich stärker, als die wohlhabende⁴⁾. Wer es sich leisten kann, konsultiert halt mehrere Ärzte, man findet eine bessere Betreuung für das Kind, oder es wechselt die Schule; wer es sich nicht leisten kann, wird mit Medikamenten ruhig gestellt und/oder für die „Sonderschule“ selektiert, was die weitere soziale Zukunft vordefiniert.

Im Sciencefictionroman Brave New World aus dem Jahre 1932 hat Aldous Huxley genau diese Entmündigung und Entmenschlichung der Gesellschaft durch den Einsatz von Drogen vorher gesehen und wir sind auf dem besten Wege in eine Welt, wo, wie im Roman, die „World Controllers“ die „ideale Gesellschaft“ beherrschen. Viel zu viele Mediziner, Psychiater, Psychologen, Pädagogen und Psychagogen

waren immer schon die willfährigsten Helfer von autoritären Systemen, wenn es galt, Kinder und Erwachsene, die nicht ins System passen, „ruhig“ zu stellen. Auch heute ist die Bereitschaft von vielen „Experten“ dieser Berufe sehr groß, die Seite der Macht und des Profits gegen die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung zu unterstützen.

- 1) Zeit-Fragen > 2012 > Nr.8 vom 20.2.2012 > Erfinder des ADHS: «ADHS ist eine fabriizierte Erkrankung»
- 2) Blech, Jörg: Schwermut ohne Scham. In: Der Spiegel, Nr. 6/6.2.12, S. 122–131, S. 128
- 3) Alan Schwarz December 14, 2013 The Selling of

- Attention Deficit Disorder – NYTimes.com
- 4) Deutsches Ärzteblatt: Barmer GEK Arztreport: Eine „Generation ADHS“ wächst heran. Dienstag, 29. Januar 2013
 - 5) Coreth, Livia (2011) *ADHS bei Kindern und Jugendlichen im Vergleich Österreich*. Diplomarbeit, Universität Wien. Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaft
 - 6) Ritalin gegen ADHS: Wo die wilden Kerle wohnten - Inland – FAZ, 16.02.2012
 - 7) Österreichische ARGE Suchtvorbeugung, Amphetamine und Metamphetamine 1. Auflage 2006
 - 8) Van Den Eeden, American Academy of Neurology's 63rd Annual Meeting in Honolulu April 9 to April 16, 2011
 - 9) Experts Who Write for the DSM Have Financial Ties With Pharmaceutical Companies By Tyler Woods Ph.D. 2010-02-11 09:27
 - 10) Samstagsinterview: «Wir haben die Unreife von Kindern in Krankheit verwandelt» - News Wissen: Medizin & Psychologie - derbund.ch

Der Globus quietscht und eiert ... Rettung des Weltklimas abgesagt?

Warnungen:

Klimakonferenzen und Ökogruppen zeigen Alternativen auf und weisen auf notwendige Einschränkungen hin, um das Weltklima stabil zu halten. Experten sagen katastrophale Wetterbedingungen voraus.

Keine Aussicht auf Veränderung:

Der weltweite CO₂-Ausstoß wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Es gibt in der EU ambitionierte Pläne, den Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad im Mittel zu beschränken, ja wenn Unrealistische Vorschläge, wie der gänzliche Verzicht auf Fleischkonsum würden bis 2022 eine Reduktion von 266 Millionen Tonnen CO₂ bringen. Die USA und Kanada treten gegen eine verbindliche Reduktion der CO₂ - Emissionen ein. Daher weicht zum Beispiel die VOEST mit ihrem neuen Werk in die USA aus, um Umweltauflagen zu umgehen.

Folgen der ungebremsten Erderwärmung:

Fachleute sagen, dass der Klimawandel nicht einfach nur milderes Wetter bringen wird – mit weniger

Frost und mit mehr Vegetationsperioden, was die Landwirtschaft freuen wird. Der Weltklimarat rechnet mit mehr Extremen, mit Stürmen, Fluten und Dürren. Das ist heute mehr und mehr zu beobachten. Für die Alpen bedeutet die Steigerung um einige Grad Celsius: Grüne Almen statt Schipisten, Regen satt Schnee, sowie schwindende Gletscher, Steinschlag und Erdbeben. Bei einem als sicher anzunehmenden Temperaturanstieg von 2,5 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 stirbt ein Drittel der Pflanzenarten aus. 8.000 Baumarten sind gefährdet. Das bedeutet, dass die Wälder nicht mehr so widerstandsfähig gegen Trockenheit und Borkenkäfer sind, da artenreiche Wälder besser geschützt sind. Am raschesten schrumpft der Waldbestand in Brasilien, Indonesien und Nigeria, also im Tropenwald. (Weit weg! Meint der Ignorant! Aber dort wird unser Klima „gemacht“!) Temperaturbedingungen, wie sie 1989 geherrscht haben, findet man heute 270 km weiter nördlich (Entfernung Wien – Zagreb) Hinter diesem Tempo hinken sogar Vögel, die schnellsten Tiere, hinterher, und haben „bloß“ 90 km geschafft. Von 1901 bis 2012 wurde eine globale

Erwärmung um bis zu 2,5 Grad Celsius registriert. Zwischen 1979 und 2012 ist die arktische Eisfläche jährlich um bis zu 4% geschmolzen. Der CO²-Gehalt in der Atmosphäre stieg seit Beginn der Industrialisierung um 40%. Gleichzeitig wachsen die Treibhausgas-Emissionen seit 2000 jährlich um 2,2% an. Von 1970 bis 2000 betrug das Wachstum hingegen „nur“ 1,3%. Der Meeresspiegel steigt an: Die flachen Inseln in den Weltmeeren gehen unter. Von 1993 bis 2009 stieg der Meeresspiegel jährlich um drei Millimeter, in der Karibik um 12 Millimeter. Auf den Malediven rechnet man in hundert Jahren mit einem 82 cm höheren Meeresspiegel. Das bedeutet dann „Land unter“.

Folgen des Klimawandels:

Hungersnöte und Bürgerkriege, Flüchtlingswellen, Unterernährung, Krankheiten (unter denen besonders die Menschen in den Entwicklungsländern leiden werden, da sie nicht die Mittel besitzen, um sich vor den Umweltfolgen zu schützen), Hitze, Wassermangel, Brände, Hitzewellen auch in Europa, Dürren und heftige Niederschläge (mit Auswirkung auf alle Wirtschaftsbereiche).

Im Gegensatz zu den Dürren im Süden kommt es im Norden vermehrt zu Hochwassern. Zum Teil sind diese Ereignisse heute schon zu beobachten. Der Klimawandel wird die Erdrotation massiv beeinflussen. Die Erde wird „umgewuchtet“. (Leinfelder, Freie Uni Berlin) Satellitenmessungen des Erdschwerefeldes zeigen, dass die Erde an den Polen eine besonders hohe Masse hat. Aus zwei Gründen: Erstens wiegen die Eisschilde schwer. Zweitens üben sie, wie jede große Masse, eine große Anziehungskraft auf das umgebende Wasser aus. Deshalb liegt der Meeresspiegel an den Eiskappen höher als mitten auf dem Ozean. Mit der Erderwärmung

schmelzen die Polkappen, vor allem am Nordpol. Mit den Eismassen verschwindet auch ihre Anziehungskraft, das Meerwasser weicht zurück. Taut der grönländische Eisschild vollständig ab, hebt sich zudem das Land, weil keine Eismassen mehr darauf lasten – sodass der Meeresspiegel – von Grönland aus gesehen um 50 bis 100 Meter sinkt. In Südamerika dagegen steigt er dramatisch (Jerry Mitrovica, Harvard Uni). Schmilzt dagegen im Süden der westantarktische Eisschild, haben die USA schwere Hochwasserkatastrophen zu befürchten. Die „Wanderung“ des Wassers von der Antarktis aus nach Norden würde die Masseverteilung der Erde so stark verändern, dass sich ihre Rotationsachse um einen halben Kilometer verschieben würde. Die Erwärmung der Atmosphäre führt auch zu Veränderungen des Magnetfeldes. Ort diese Wandels ist die Ionosphäre, die 80 Kilometer über der Erdoberfläche beginnt: Positive und negative Teilchen, aufgeladen durch energiereiche Sonnenstrahlung, bewirken elektrische Ströme in der Ionosphäre, die magnetische Felder erzeugen. Diese verstärken oder schwächen das Magnetfeld der Erde, das im Kern unseres Planeten erzeugt wird. Der stärkste Ionosphärenstrom fließt in tropischen Breiten rund um die Erde. Starke Gewitter erhöhen die Stromstärke dieses „Elektrojets“. Klimaforscher sind der Ansicht, dass mit zunehmender Erderwärmung die Zahl der besonders heftigen Gewitter zunehmen wird. „In den letzten Jahren wurde klar, dass menschliche Aktivität die Erde in einem Maße verändert, das vergleichbar ist mit den großen geologischen Ereignissen der Vergangenheit wie Meteoriteneinschlägen, Eiszeiten oder außergewöhnlich starken Vulkanausbrüchen.“ (Zalasiewicz, britischer Paläobiologe). Derselbe bezeichnet diese menschlichen Aktivi-

täten als eine neue Ära der Erdgeschichte mit dem Titel „Anthropozän“.

Leben mit dem Klimawandel als Ausweg?

„Wir sollten von den ehrgeizigen Plänen (in der EU) Abstand nehmen, solange der Rest der Welt nicht mitmacht“, ist der Vorstand der Energie Control Austria, Walter Boltz, überzeugt. „Wenn dann der Klimawandel tatsächlich kommt, dann können wir das eingesparte Geld gut brauchen.“ Ins gleiche Horn stößt Richard Tol von der Uni Sussex, er hat dem Weltklimarat bei seiner kürzlichen Tagung in Japan Panikmache vorgeworfen. Er meint, es sei billiger, eine Strategie der Anpassung an den Klimawandel zu wählen, statt ihn durch drastische CO²-Reduktion verhindern zu wollen.

Wieder einmal geht es in erster Linie ums Geld!

Die Stimmen, die hier auftauchen und meinen, dass kein Geld mehr für die CO₂-Reduktion ausgegeben werden soll, kommen allein daher, weil das den Profit mindern würde. Es wird das von Herrn Boltz angesprochene einge-

sparte Geld nicht geben, denn das fließt alles in den Sack der Profiteure. Sie verdienen sich eine goldene Nase auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Allgemeinheit. Ökonomie und Umwelt vertragen sich nicht. Das Ziel ist nur Gewinn, Gewinn! Gewinn jetzt und Gewinn dann! Gewinn jetzt, weil die Wirtschaft keine Gewinn mindernden Maßnahmen gegen die Erderwärmung setzen will, um keine Profitminderung zu erleiden und Gewinn dann, wenn die Folgen der Erderwärmung so drastisch geworden sind, dass ungeheure Summen eingesetzt werden müssen, um die Auswirkungen des Klimawandels erträglicher zu machen durch Dämme gegen Überflutungen, zur Bewältigung der Flüchtlingsströme, zum Bereitstellen von Nahrungsmitteln usw. Und wieder wird die Kasse für die Profiteure klingeln!

Diese Herrschaften, die mit ihrer Profitgier über Leichen gehen, sind zu stoppen und zwar jetzt sofort!

Quellen: KURIER, PM-Magazin 06/2014, ökoenergie 5/2014, ORF

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und LeserInnen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Klimawandel, Atomrüstung, AKW-Bau, Militarisierung und Krieg. Wir erhalten keinerlei Zuschüsse von irgendeiner Seite. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Euren Spenden finanziert. Das garantiert unsere Unabhängigkeit. Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft!

Mit kollegialen Grüßen, „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto: PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000. Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom, Verwendungszweck: Gew.gg.Atomenergie.

IBAN: AT22600000073055305 BIC: OPSKATWW

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at